

17. XI. 1915

[Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.] Aus Berlin wird uns berichtet: Die Erwartung, daß die von der deutschen Regierung erlassenen Lebensmittelverordnungen eine bessere Verteilung der genügend vorhandenen Lebensmitteln zur Folge haben würden, hat sich nur teilweise erfüllt, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die in den Verordnungen aufgestellten Grundsätze nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden und weil an vielen Stellen der Glaube zu herrschen scheint, es sei nun genug damit getan, daß überhaupt eine Verordnung erschienen sei. So leidet, wie schon berichtet, in der letzten Zeit Berlin wieder unter Kartoffelknappheit. Diese hat allerdings auch ihre natürlichen Ursachen: Der starke Frost, der vor kurzem noch herrschte, beeinträchtigte die Zufuhr. Freilich besagt die Kartoffelverordnung, daß die Städte die Pflicht haben, für solche voranzusehenden Fälle genügend Kartoffeln in Lagerräumen zu halten, aus denen sie ohne Gefahr dann auf den Markt geworfen werden können. Vielleicht haben nun die Städte nicht genügend lagernde Kartoffeln zur Verfügung, so daß sie glauben müssen, sie dürften nicht vorzeitig ihre Vorräte angreifen. Wenn das der Fall wäre, dann müßte bei dem gegenwärtigen milderen Wetter dafür gesorgt werden, daß diese Bestände so rasch wie möglich erhöht werden. Aber eine ganz andere Erscheinung trägt an der Kartoffelknappheit die Hauptschuld. Viele Kleinhändler erklären nämlich, daß die Kartoffelgroßhändler zwar über genügend Bestände verfügten, sich aber zu liefern weigerten mit der offenen Begründung, daß ihr Verdienst nicht hoch genug sei. Hier müßte rücksichtslos eingegriffen werden, denn die Verordnung enthält eine bedauerliche Lücke. Für die Produzenten ist nämlich in der Kartoffelverordnung die Enteignungsbefugnis ausgesprochen, für die Großhändler aber nicht. Allerdings bietet das Gesetz gegen die übermäßige Besteuerung auf dem Lebensmittelmarkt die Handhabe zur Enteignung. Eine ähnliche Kalamität herrscht auf dem Schweinemarkt. Wie wir schon wiederholt berichtet, ist in den großen Städten Deutschlands in letzter Zeit Schweinefleisch kaum mehr zu haben. Zum Teil liegt es daran, daß die Schlächter nicht nur das Schweinefleisch, sondern auch das Rindfleisch in wachsendem Maße zur Wurst verarbeiten, weil ihnen dabei ein höherer Gewinn winkt. Diese Lücke in der ganzen Komplex der Verordnungen müßte verstopft werden, indem sofort für ganz Deutschland, wie es ja beabsichtigt ist, Höchstpreise für Wurst festgesetzt werden. Sehr bedenklich stimmt eine Mitteilung der Allgemeinen Fleischerzeitung. Diese besagt nämlich: „Die festgesetzten Höchstpreise für Schweine mögen in dem amtlichen Marktbericht zum Ausdruck kommen. In Wirklichkeit wurden sie in den allermeisten

Fällen weit überschritten.“ Das heißt also, daß hinten herum von den Kommissionären höhere Preise für Schweine gefordert und in der Notlage auch bezahlt wurden, als es gesetzliche Vorschrift ist.